

Kreis Pinneberg stärkt Gleichstellungsarbeit - Bericht zeigt Fortschritte und Handlungsbedarf

Die wirtschaftliche Situation von Frauen, aber auch Gewalt gegen Frauen sind zentrale Themen des Jahresberichts 2025 der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Pinneberg, Tinka Frahm. Der jüngst dem Kreistag vorgelegte Bericht zeigt deutlich: In der Gleichstellungsarbeit wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen, die politisches Handeln erfordern.

Trotz Fortschritten besteht weiterhin eine deutliche Ungleichverteilung bei der unbezahlten Sorgearbeit. Der sogenannte Gender-Care-Gap liegt im Kreis Pinneberg bei Paaren mit Kindern bei über 80 Prozent. Dies führt langfristig zu finanziellen Nachteilen für Frauen, etwa bei Einkommen und Altersvorsorge.

„Viele Frauen sind finanziell nach wie vor nicht unabhängig“, sagt Tinka Frahm. „Das ist kein individuelles Problem, sondern das Ergebnis struktureller Ungleichheiten. Deshalb ist es wichtig, Frauen zu stärken, sich mit ihren eigenen Finanzen auseinanderzusetzen und eigenständig abgesichert zu sein.“ Um dies zu fördern, hat die Gleichstellungsbeauftragte unter anderem Informations- und Veranstaltungsangebote wie den Vortrag „Finanzen in der Partnerschaft fair teilen“ organisiert.

Auch die politische Teilhabe von Frauen bleibt laut Bericht ein wichtiges Handlungsfeld. Netzwerkarbeit und Austauschformate für Kommunalpolitikerinnen werden weiterhin organisiert, konnten jedoch aufgrund begrenzter Ressourcen nur eingeschränkt stattfinden. „Demokratie lebt von vielfältigen Perspektiven. Wenn Frauen in politischen Gremien unterrepräsentiert sind, fehlt ein wichtiger Teil dieser Vielfalt“, so die Gleichstellungsbeauftragte. Von den 68 Abgeordneten im Kreistag etwa sind aktuell 23 Frauen.



Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit von Tinka Frahm liegt auf dem Thema Gewalt gegen Frauen. Der Bericht unterstreicht, dass geschlechtsspezifische Gewalt kein Randphänomen ist, sondern strukturelle Ursachen hat. Der Kreis Pinneberg engagiert sich hier aktiv, unter anderem durch die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die enge Zusammenarbeit mit Fachberatungsstellen sowie durch Schulungs- und Präventionsangebote. Tinka Frahm: „Die Zahlen zeigen deutlich: Gewalt gegen Frauen können wir nur begegnen, wenn wir dauerhaft und konsequent handeln – auch wenn das Ressourcen erfordert.“

Die zunehmende Bedeutung digitaler Gewalt wird ebenfalls hervorgehoben. Aktuelle Fälle, wie der von Collien Fernandez, zeigen, welche Auswirkungen sexualisierte Gewalt im Internet haben kann. „Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Sie bedeutet für Betroffene Kontrollverlust, Angst

und massive Eingriffe in die persönliche Lebensführung. Hier müssen wir als Gesellschaft klarer hinschauen und entschlossen handeln“, so die Gleichstellungsbeauftragte.

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Veranstaltungen und Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählen Fachveranstaltungen zur Istanbul-Konvention, Fortbildungen für Verwaltungsmitarbeitende sowie Sensibilisierungsangebote für angehende Fachkräfte. Auch spezialisierte Themen wie der Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung wurden kontinuierlich bearbeitet.

„Prävention und Aufklärung sind zentrale Bausteine unserer Arbeit. Nur wenn Fachkräfte sensibilisiert sind und Betroffene Zugang zu Hilfe haben, können wir langfristig etwas verändern“, erklärt die Gleichstellungsbeauftragte.

Darüber hinaus engagiert sich die Gleichstellungsbeauftragte auf Landes- und Bundesebene, unter anderem in Arbeitsgruppen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie zur Stärkung der Gleichstellungspolitik.

Der Bericht macht zugleich deutlich, dass die Vielzahl an Aufgaben nur mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen nachhaltig bewältigt werden kann. „Gleichstellungsarbeit braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Ohne ausreichende Ressourcen stoßen selbst gut funktionierende Strukturen an ihre Grenzen“, so die Gleichstellungsbeauftragte abschließend.

Der Kreis Pinneberg setzt mit seiner strukturierten und kontinuierlichen Arbeit, insbesondere bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention, landesweit Maßstäbe. Ziel bleibt es, bestehende Hilfestrukturen weiterzuentwickeln und Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe konsequent voranzubringen.

Medieninformation vom 04.05.2026